

L25

Abt. 17 SPD Brunnenviertel**Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen: Der Bundesparteitag möge beschließen:****Verbot möblierter Wohnungen in Gebieten mit angespannter Wohnlage**

1 Wir fordern unsere sozialdemokratischen Bundes-
 2 tagsabgeordneten sowie unsere Mitglieder
 3 der Bundesregierung sowie unsere sozialdemo-
 4 kratisch geführten Landesregierungen auf, eine
 5 gesetzliche Regelung zu verabschieden, das das
 6 Vermieten möblierter Wohnungen in Gebieten
 7 mit angespannter Wohnlage im Sinne des § 201a
 8 Satz 3 und 4 BauGB verbietet.

9

10 Begründung

11 Mieten für möblierte Wohnungen müssen sich
 12 nicht am Mietspiegel orientieren. So entstehen
 13 exorbitante Mieten für Wohnungen mit teilwei-
 14 se „abgewetzten“ Möbeln ohne jeglichen Wert.
 15 Eine korrekte Schätzung des Nutzwerts der Mö-
 16 bel zur Berechnung des Möblierungszuschlags
 17 verlangt kaum ein*e Mieter*in, da die Wohnung
 18 dann an einen anderen Interessenten vermietet
 19 wird.

20 Hinzu kommt, dass Mieter*innen, die bereits
 21 über einen eigenen Hausstand verfügen, Einla-
 22 gerungskosten für die nicht gewünschten Mö-
 23 bel zusätzlich zur sowieso schon höheren Miete
 24 aufbringen müssen.

25 Durch die hohen Kosten kommt dieses Segment
 26 des Wohnungsmarktes für viele Berliner*innen
 27 nicht in Frage und das sowieso kaum existente
 28 Wohnungsangebot wird weiter verknappt.

29 Indem dieses Verbot nur in Gebieten mit ange-
 30 spanntem Wohnungsmarkt im Sinne des § 201a
 31 Satz 3 und 4 BauGB gelten soll, wird dem Grund-
 32 satz der Verhältnismäßigkeit Rechnung getra-
 33 gen. Hier ist es gerechtfertigt, dass der Grund-
 34 satz der Privatautonomie bzw. das Eigentums-
 35 grundrecht aus Art. 14 Abs. 1 GG eine Einschrän-
 36 kung erfährt, um der Sozialpflichtigkeit des Ei-
 37 gentums in angespannten Wohnlagen Geltung
 38 zu verschaffen.

39 Sobald eine Landesregierung eine entsprechen-

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Wir fordern unsere sozialdemokratischen Bundes-
 tagsabgeordneten sowie unsere Mitglieder
 der Bundesregierung sowie unsere sozialdemo-
 kratisch geführten Landesregierungen auf, eine
 gesetzliche Regelung zu verabschieden, das das
 Vermieten möblierter Wohnungen in Gebieten
 mit angespannter Wohnlage im Sinne des § 201a
 Satz 3 und 4 BauGB verbietet.

40 de Feststellung getroffen hat, soll das Verbot un-
41 mittelbar greifen.